Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

**Werkausschuss:** 16.09.2019

**Tagesordnungspunkt: 6** Mitgliedschaft im Aktionsbündnis „wirfuerbio“

**Vorlage-Nr.:** **0019/X**

**Sachlage:**

Das Thema „Mikroplastik“ ist derzeit in aller Munde. Dazu gibt es sehr verschiedene Verursachungsquellen, deren jeweiliger Anteil am Gesamteintrag in die Umwelt derzeit noch nicht abschließend bestimmt werden kann (Kosmetik, Waschmittel, Reifenabrieb usw.). Gleich zu Beginn kamen auch die Aufbereitungsprodukte aus Bioabfällen und/oder Grünschnitt - also Komposte und andere Bodenhilfsstoffe - in Verruf. Deren landwirtschaftliche Ausbringung/Verwendung wurde in diesem Zusammenhang kritisch betrachtet.

Richtig ist, dass Aufbereitungsprodukte aus Bioabfällen wie Komposte und andere Bodenhilfsstoffe zumindest eine mögliche Eintragsquelle darstellen können. Um deren Qualitätsanspruch und die Akzeptanz für die landwirtschaftliche Anschlussverwendung auch zukünftig zu sichern, gibt es inzwischen eine bundeseinheitliche Initiative: „wirfuerbio“. Hauptziel der Initiative ist es, Plastik- und Kunststoffeinträge schon bei der Einsammlung von Bioabfällen zu vermeiden. Daneben gibt die Initiative auch allgemeine Tipps zum Umgang mit Bioabfällen rund um die Biotonne. Das alles ist zeitgerecht medial aufbereitet, u.a. auch über soziale Medien, weil insoweit die Nutzer der Biotonnen - also die Bürger - die meiste Einflussnahme hierauf besitzen. Die erst nachgelagerte Maschinen-/Sortiertechnik stößt nämlich im Rahmen der Bioabfallberatung an Grenzen und kann qualitativ schlechte Sammelergebnisse nicht mehr völlig wettmachen.

Ein besonderer Aspekt liegt in der Aufklärung, dass die von Industrie und Handel in Umlauf gebrachten, sogenannten kompostierbaren Abfallbeutel ebenfalls nicht in die Biotonne gehören.
Die als biologisch abbaubar beworbenen Kunststoffbeutel aus dem Handel mögen auf den ersten Blick die ideale Lösung für die Sammlung von kompostierbaren Abfällen sein. Allerdings wird diese Produktverbreitung mittlerweile von vielen Institutionen als kritisch angesehen. Darunter befinden sich inzwischen nicht nur die Mehrzahl der kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe, sondern beispielsweise sogar auch das Umweltbundesamt sowie die Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. Denn solche Kunststoffbeutel verrotten nach den in letzten Jahren gemachten Einsatzerfahrungen nicht ausreichend schnell bzw. nicht vollständig; weder auf häuslichen Komposthaufen noch in Kompostierungsanlagen.

Unabhängig von dieser aktuellen Diskussion zur Eignung für eine Kompostierung sind diese als biologisch abbaubar beworbenen Kunststoffbeutel für die Weiterverarbeitung in einer Bioabfall-Vergärungsanlage, wie in unserem Landkreis, erst recht nicht geeignet. Es versteht sich von selbst, dass die Rotte bzw. die biologische Zersetzung der als kompostierbar bezeichneten Kunststoffbeutel nicht schon innerhalb weniger Stunden oder Tage stattfindet bzw. abgeschlossen ist. Ansonsten wären solche Produkte für Endkunden wegen der kurzen Zerfalldauer/Löslichkeit überhaupt nicht gebrauchstauglich bzw. verkaufsfähig. In unserem Landkreis nehmen die gesammelten Bioabfälle allerdings genau diesen sehr schnellen Verarbeitungsweg. Sie werden in der Regel innerhalb von zwei Werktagen nach der Bioabfallsammlung in den Verarbeitungsprozess einer Vergärungsanlage gegeben. Dort erweisen sich die als biologisch abbaubar beworbenen Kunststoffbeutel schlichtweg als Stör- bzw. Fremdstoffe; gleich anderen Fehleinwürfen in die Biotonne. Diese müssen mit zusätzlichem Aufwand und letztendlich auch zusätzlichen Kosten aussortiert werden.
Hinzu kommt das Risiko für einen teilweisen Verblieb im jeweiligen Endprodukt: in Form von Mikroplastik.

Kurzum - es geht schlussendlich um die Sicherung der getrennten Erfassung von Bioabfällen auch für die Zukunft. Was sollte auch damit geschehen, wenn die bisherige Verwertungsform dafür in Frage gestellt bzw. in Zweifel gezogen wird?

Aus diesen Gründen hat sich der WAB seit Anfang des Jahres 2019 dem Aktionsbündnis „wirfuerbio“ (www.wirfuerbio.de) angeschlossen. Das Aktionsbündnis bzw. die Kampagne lebt dabei von einer für alle Mitglieder/Betriebe vereinheitlichen Kommunikation in Wort und Bild, um den Aussagewert insgesamt zu steigern.
Neben zahlreichen Kommunalbetrieben aus Norddeutschland und Mitteldeutschland schließen sich dieser Kampagne auch zunehmend Betriebe aus dem süddeutschen Raum an. Unterstützt wird das Bündnis durch den Bundesverband der kommunalen Betriebe sowie einiger Landesministerien.

**Beschlussvorschlag:**

Der Werkausschuss nimmt Kenntnis.